

KOMMENTAR

# So kann es nicht weitergehen!

**Thomas Scholz**

Stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Thüringen



Foto: Schaffrik

Im letzten Monat haben wir den Absolvent:innen gratuliert. 56 Polizeikommissar:innen und 133 Polizeimeister:innen wurden Ende September feierlich ernannt und haben zum 1. Oktober 2021 ihre Arbeit auf ihren neuen Dienststellen begonnen.

Heute möchten wir allen Neuen ein herzliches Willkommen zurufen. Mit nur knapp über 270 bewegt sich die Zahl der Neueinstellungen noch weit weg von den angepeilten 300 Anwärtern pro Jahr.

Natürlich haben wir es uns nicht nehmen lassen, die Neueinstellung persönlich in Meinigen willkommen zu heißen und mit ein paar freundlichen Worten zu begrüßen. Danke an die Kollegen, die dies schon teilweise über viele Jahre machen. Danke für diese positive Botschaft, obwohl die personellen Schwierigkeiten und so manch andere innerdienstliche Unwegsamkeit dies nicht immer leicht machen.

Zurück zu den Absolventen. Die Dienststellen freuen sich momentan über je-

des neue Gesicht, über jeden, der hilft die Lücken etwas zu schließen. Aber ist ein Lückenschließen überhaupt noch möglich? Wann kommt es endlich zu der versprochenen Personalmehrung? Man soll sich gedulden, Polizeibeamte könnten ja nicht einfach gebacken werden und man findet sie selten fertig ausgebildet auf dem freien Markt und die Einstellungszahlen haben sich doch positiv entwickelt. Aber wie soll es weitergehen? Personal fehlt überall an der Basis.

Mit neuen Strukturen und Aufgaben werden Kolleg:innen gebunden. Arbeitsgruppen sollen bedient werden und bei BAOs müssen auch Kolleg:innen integriert werden. Dann noch Projekte und, und, und ...

Bloß woher kommen die ganzen Kolleg:innen? Aus der allgemeinen Struktur! Zumeist aus dem Einzel- und Streifendienst der Schutzpolizei, aber auch aus den Kriminalpolizeidienststellen. Egal, ob bei der Schutz- oder bei der Kriminalpolizei, dass zur Verfügung stehende Personal geht langsam zur Neige und die Tatsache des Altersdurchschnittes bei den Fachdienststellen der K, möchte ich nicht weiter erörtern.

Ich hatte die Möglichkeit, in aktuelle Organigramme einiger Kriminalpolizeidienststellen zu schauen und ich stellte mir danach die Frage, wer da noch im Ermittlungsbereich tätig ist? Aus Gesprächen mit Bediensteten, egal ob von der Schutz- oder der Kriminalpolizei und auch unabhängig vom Standort der Dienststelle war mir schon klar, dass es düster aussieht. Die Belastung des Einzelnen hat schon längst die Schmerzgrenze erreicht und bei der Botschaft: Durchhalten, es kommen auch wieder bessere Zeiten, wird nur noch stumm gelächelt. Mir ist manchmal nicht klar, ob Verzweiflung oder Ironie dieses Lächeln formt.

Mir ist aber bewusst, dass es so nicht weitergehen kann. Es muss schnell was passieren. Entweder es wird wieder mehr Personal an der Basis oder die Aufgaben

müssen überdacht werden. Das bedeutet, dass sich die Polizei auf ihre Kernaufgaben konzentrieren muss und alles andere reduziert wird. Das mit dem Personal, hatte ich gerade gesagt, ist nicht so einfach. Selbst wenn man mehr einstellen wollte, stehen nicht ausreichend Bewerber zur Verfügung. Wir brauchen aktuell erst einmal so viel Personal, dass die zur Verfügung stehenden Stellen besetzt werden können, bevor wir mehr Stellen fordern. Es muss geschaut werden, wie es erreicht wird, dass sich mehr Bewerber wieder gern bei der Thüringer Polizei melden.

Aufgabe einer Gewerkschaft ist es, diese Missstände anzusprechen und immer wieder darauf hinzuweisen. Wir müssen Möglichkeiten finden, dass wir mit diesen Themen gehört und ernst genommen werden.

Es muss was passieren. Immer zu hören, dass Thüringen mit der Polizeidichte über dem bundesweiten Durchschnitt liegt, ändert an der Situation nichts.

Es mag sein, dass wir mit ca. 294 Beamten pro 100.000 Einwohner (Stand 2018) nicht schlecht aufgestellt sind. Aber diese Polizeidichte kann der Kollege nicht nachvollziehen, wenn er in einem Sachverhalt gebunden ist und keine Unterstützung bekommt, weil einfach keiner weiter da ist! Und da ist es egal, wo wir hinschauen. Auf der Fläche fällt es nur noch drastischer auf, da hier die Sollstärken schon stark minimiert wurden.

Wir sind zumindest gefühlt nicht mehr ausreichend! Es bedarf dringend Informationen, wie es mit dem Personalmanagement weitergehen soll – Personalabbaupfad sei hier nur noch einmal kurz erwähnt. Die Politik ist hier gefordert und ich wiederhole gern unser Angebot aktiv als Gewerkschaft zu unterstützen. Wir wissen, wo der Schuh drückt und wo dringend Handlungsbedarf ist. Uns ist bekannt, was sich die Kollegen wünschen, was sie brauchen. ■



AUS DEN KREISGRUPPEN

# Erste Wahlversammlungen 2021

**Erfurt** Die Kreisgruppe Justizvollzug führte am 10. September 2021 in der Geschäftsstelle der GdP ihre Wahlversammlung durch. Kreisgruppenvorsitzender Christian Born erstattete der Bericht des Vorstandes. Er konnte besonders auf die sehr gute Mitgliederentwicklung in der zurückliegenden Wahlperiode verweisen.

Eine ganze Reihe von Themen steht aber noch auf dem Plan der Kreisgruppe. Dazu gehören für den mittleren Dienst das Endamt A 9 für den Justizvollzugsdienst. Die Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten bleibt für die Kreisgruppe auf der Tagesordnung. Dazu habe man auch mit den Landtagsfraktionen des Thüringer Landtages Gespräche geführt. Born verwies auch auf die schlechte Personalsituation im Justizvollzug. Als Mittel zur Erhöhung der Attraktivität der Ausbildung sieht die Kreisgruppe Justizvollzug die Einführung eines Anwärtersonderzuschlages für die Auszubildenden an. Ansonsten können die vorhandenen Ausbildungsstellen nicht besetzt werden.

Nach der Entlastung des alten Vorstandes war ein neuer Vorstand zu wählen. Als Vorsitzender wurde Christian Born bestätigt. Sandra Born ist seine Stellvertreterin. Dirk Trautmann arbeitet als Schriftführer und Julia Berntsch und Yvonne Schwarz zeichnen für die Kasse verantwortlich. Weiter wurde Anton Alex Dollhofer in den Vorstand gewählt. Christian Born dankte im Namen des Vorstandes für das Vertrauen der Mitglieder und lud die Teilnehmer noch zu einem gemütlichen Beisammensein ein.

**Nordhausen.** Die Kreisgruppe Nordthüringen führte am 12. September 2021 ihre Mitgliederversammlung in Wolkramshausen in der Alten Schäferei durch. Neben dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes sowie der Finanzübersicht wurden die Neuwahlen in der Kreisgruppe durchgeführt.

Dabei wurde Daniela Ide als Kreisgruppenvorsitzende begrüßt, ihr Stellvertreter wird nun Daniel Braun, weiterhin konnte Sebastian Schneider als stellvertretender Kreisgruppenkassierer gewählt werden. Herzlichen Dank möchte der Vorstand Michael Brand aussprechen, der nach langjähriger Tätigkeit den Vorstandsposten an Sebastian Schneider übergab.

Die von Albert Heinecke geführte Veranstaltung enthielt noch Anträge für den Landesdelegiertentag sowie die Vorschläge für die Besetzung der Gremienarbeit in den nächsten Jahren. Dabei konnte resümiert werden, dass die Kreisgruppe Nordthüringen eine gute Vertretung im Landesbezirk und allen Fachausschüssen hat.

Die ehrenamtliche Arbeit gilt es, in den nächsten Jahren zu erhalten und auszubauen. Die Begleitung schwieriger Themen steht hier im Mittelpunkt der Vorstandsarbeit. Dabei sind der immer noch anhaltende Personalmangel und die Kategorie-Problematik die durchaus beherrschenden Themen.

Die anschließende Tombola und die deftige Gulaschsuppe ließen so manche ein Mitglied doch erstaunen. Wir möchten uns an dieser Stelle bei der PSW Sachsen- Thüringen GmbH für die Unterstützung bei der Veranstaltung bedanken. Abschließend

sagen wir Danke bei den anwesenden Mitgliedern für die Spende an das Kinderhospiz Mitteldeutschland. Hierbei ist ein sehr guter Betrag von 150 Euro für die Kinder zusammengekommen.

**Daniel Braun**



Christian Born erstattet Bericht.



Daniel Braun (l. o.) berichtet den Mitgliedern.



## LANDESREGIERUNG

# GdP beim Justizminister

Am 15. September 2021 trafen sich Vertreter der GdP Thüringen mit dem Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz. Er ist der zuständige Minister für die Belange der Justizvollzugsbeamten in Thüringen und damit Ansprechpartner für die GdP, insbesondere für ihre Kreisgruppe Justizvollzug.

Minister Dirk Adams empfing die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Scholz und Wolfgang Gäbler und den Vorsitzenden der Kreisgruppe Justizvollzug, Christian Born.

Nach einer gegenseitigen Vorstellung wurden wichtige Fragen im Justizvollzugsbereich besprochen. Die GdP fordert für den mittleren Dienst im Thüringer Justizvollzug eine Bewertung aller Stellen mit A 9. Damit würde allen Beamt:innen die Möglichkeit der Beförderung ins Endamt ihrer Laufbahngruppe eingeräumt. Ein wichtiger Baustein dazu sind die Haushaltsverhandlungen für 2022. Zum Zeitpunkt des Treffens standen die Chefgespräche der Minister mit der Finanzministerin unmittelbar bevor. Die Gewerkschafter gaben dem Minister die notwendigen Argumente an die Hand, mit denen schrittweise Stellenhebungen erreicht werden könnten.

Ein weiteres wichtiges Thema war die langfristige Sicherung des Personalbestandes. Die GdP schlägt die Einführung eines Anwärtersonderzuschlags vor, um die

Attraktivität im Vergleich zur freien Wirtschaft zu erhöhen und potenzielle Bewerber damit stärker anzusprechen. Die Möglichkeit zur Einführung eines Anwärtersonderzuschlags wird, in § 52 ThürBesG eröffnet. Ob der Zuschlag eingeführt wird hängt wieder von der Finanzierung ab. 2020 und 2021 konnten nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden, was wiederum auch mit der Attraktivität des Berufes zu tun hat. Damit

verschärft sich die ohnehin angespannte Personalsituation im Justizvollzug weiter. Die Besetzung der vorhandenen Stellen ist nach Ansicht der Gewerkschafter notwendig, um die Aufgaben des Justizvollzuges überhaupt erfüllen zu können. Nach Ansicht der GdP-Vertreter verlief das Gespräch sachlich und konstruktiv. Die GdP-Forderungen werden vom Minister anerkannt. Er will mit der GdP im Gespräch bleiben. ■



Im Gespräch: Dirk Adams, Norbert Sondermann, Wolfgang Gäbler, Christian Born, Thomas Scholz (v. l. n. r.)

## PERSONAL

## Ernennungen und Begrüßung

Die einen beenden ihre Ausbildung, die anderen beginnen sie. Am 30. September 2021 wurden 56 Polizeikommissar:innen und 133 Polizeimeister:innen ernannt und bereits am nächsten Tag wurden sie in ihre neuen Dienststellen aufgenommen.

Beispiel Nordhausen: Insgesamt 19 Kolleg:innen konnten dort begrüßt werden. Mit der Zuversetzung der Absolventen werden aber auch Versetzungswünsche aus anderen Dienststellen realisiert. Die „Neuen“

wurden von LPD Detlef Schum begrüßt und ihren Basisdienststellen zugewiesen. Personalratsvorsitzender Daniel Braun machte deutlich, wie wichtig diese Personalzuführungen sind und wie dringend sie in ihren neuen Dienststellen erwartet werden.

Nachdem der offizielle Teil beendet war, konnte auch die Kreisgruppe Nordthüringen der GdP ihre zahlreichen neuen Mitglieder herzlich willkommen heißen. Im Foyer wurde ein kleiner Stand aufgebaut. Die 15 neu-

en Mitglieder konnten dort ihr Begrüßungsschreiben, mit allen wichtigen Infos zur Kreisgruppe, und die obligatorische Schreibmappe in Empfang nehmen. Außerdem erhielten die Mitglieder in diesem Jahr zum ersten Mal einen kleinen Rucksack und eine Trinkflasche dazu. Die Aktion wurde sehr gut angenommen und es kam zu dem einen oder anderen Small Talk mit dem anwesenden Kreisgruppenvorstand. Man kennt sich nun schon mal und da fällt es viel leichter, sich einzuleben.



Foto: Gähler

Ernennungsfeier in Meiningen

Bei aller Freude über die neu ausgebildeten Polizeibeamt:innen gibt es aber auch einen Wermutstropfen. Nicht alle Auszubildenden und Studenten haben ihre Ausbildung auch abgeschlossen. Damit kommt es leider nicht zu dem erhofften Personalaufwuchs in der Thüringer Polizei. Trotz großer Anstrengungen in der Ausbildung ist der Personalkörper der Thüringer Polizei wieder kleiner geworden. Politik und Polizeiführung dürfen in ihren Anstrengungen zur personellen Sicherstellung der Thüringer Polizei nicht nachlassen und alle Möglichkeiten, den Polizeiberuf attraktiver zu machen, müssen genutzt werden. Dazu gehört auch ein beschleunigter Ausbau der Bildungseinrichtungen.

Nun beginnt unmittelbar ein neues Ausbildungsjahr. Die Leiterin der Thürin-



Foto: Braun

Begrüßung der GdP-Mitglieder in Nordhausen



Foto: Schwarz

Juliane Groch und Gerd Müller vor dem Tor in Meiningen

ger Polizeibildungseinrichtungen, LPD Heike Langguth, konnte die Anwärter für die Fachhochschulausbildung und für die Ausbildung im mittleren Dienst begrüßen. Die GdP heißt alle Anwärter:innen herzlich willkommen. Auch in diesem Jahr bleiben Ausbildungsstellen bei der Polizei unbesetzt oder werden schnell wieder frei, weil die Vorstellungen vom Polizeiberuf und die damit verbundenen Anforderungen völlig falsch eingeschätzt wurden. Mit der erforderlichen und möglichen Unterstützung durch die dienstliche Leitung, aber auch durch die Berufs- und Personalvertretungen kann es aber vielleicht doch gelingen, die Abbrecherquote zu ver-

ringern. Die GdP Thüringen, insbesondere ihre Kreisgruppe Aus- und Fortbildung sind bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Leider konnten die Neuen in diesem Jahr nicht unmittelbar durch die Gewerkschaften und Berufsvertretungen der Polizei in Meiningen begrüßt werden. Die Vorstellung der Organisationen ist erst am 12. und 13. Oktober geplant. Es wird sich zeigen, ob diese Zeitschiene besser ist als in den vergangenen Jahren. Die JUNGE GRUPPE der GdP Thüringen hat es sich trotzdem nicht nehmen lassen, den neuen Anwärter:innen vor dem Tor der Bildungseinrichtungen in Meiningen ein kleines Präsent zu überreichen. Junge Polizist:innen engagieren sich für zukünftige junge Polizist:innen und das ist gut so. Dank an alle Beteiligten. ■


**SENIORJOURNAL**

# Wahlen bei der SG Suhl

**Sülzfeld** Im Vereinsheim des Schützenvereins Sülzfeld wählte die Seniorengruppe Suhl der GdP ihren neuen Vorstand. Andreas Schauseil gab zunächst noch mal einen Überblick über die Tätigkeit der Seniorengruppe in den zurückliegenden zwei Jahren. Bekanntlich wurde die Arbeit durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigt. Eine Vielzahl der geplanten Veranstaltungen musste wegen der allgemeinen Hygieneregeln ausfallen. Sobald die Regeln es jedoch zuließen, hat die Seniorengruppe ihre Veranstaltungen auch wie geplant umgesetzt. Die anwesenden Senioren waren alle geimpft oder genesen, sodass die Gefahr schwerer COVID-Erkrankungen eher gering war, aber sicher ist sicher.

Nach der Entlastung des alten Vorstandes wurde ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzender ist erneut Andreas Schauseil. Als Stellvertreter:innen stehen ihm Marieta Lindner und Wolfgang Wagner zur Seite. Schriftführerin ist Barbara Pfeufer und Reinhardt Kirchner wurde zum Beisitzer gewählt. Einige der Gewählten machten aber zugleich deutlich, dass sie wohl zum letzten Mal für ein Amt in der Seniorengruppe kandidiert haben. Sie möchten in zwei Jahren das Amt gern in jüngere Hände legen.

Nach den Wahlen hielt Landesseniorenvorsitzender Edgar Große noch einen Vortrag zur Rentenbesteuerung und zu offenen Verfahren bei der Frage möglicher Doppelbesteuerung von Renten. Die rechtlichen Regelungen zur Rentenbesteuerung haben ein



Versammlungsleiter Peter Fickel gratuliert Andreas Schauseil, Marieta Lindner und Barbara Pfeufer zur Wahl.

paar Tücken. Viele Rentner gehen bis heute davon aus, dass der Anteil der Rente, welcher versteuert werden muss, immer noch der Prozentsatz ist, der im ersten Jahr der Rente galt. Wer 2010 erstmals Rente bezogen hat, der musste 60 % der Rente versteuern und 40 % waren steuerfrei. Es ist aber leider nicht so, dass 2021 immer noch 40 % der Rente steuerfrei ist. Der Prozentsatz wird einmalig genutzt, um einen steuerfreien Wert zu berechnen. Dieser einmal berechnete Wert bleibt steuerfrei. Jede danach folgende Rentenerhöhung geht ausschließlich zulasten des Rentners und erhöht den steuerpflichtigen Teil der Rente.

Zur Doppelbesteuerung ist die Rechtsprechung noch nicht abgeschlossen. Der Bundesfinanzhof hat kürzlich aktuell noch keine Doppelbesteuerung erkannt. Erst ab etwa 2025 könnte es nach

Auffassung der obersten Finanzrichter zu Doppelbesteuerung bei Neurentnern kommen. Gegen dieses Urteil des Bundesfinanzhofes hat der Kläger Verfassungsbeschwerde eingelegt. Nun sind die Richter in Karlsruhe am Zug. Wer also meint, dass er von einer Doppelbesteuerung betroffen ist, der muss gegen seinen jeweiligen Steuerbescheid beim Finanzamt Widerspruch einlegen. Für ehemalige DDR-Bürger, die nach der Wende ins Beamtenverhältnis übernommen wurden, hat dieser Rechtsstreit kaum praktische Bedeutung. DDR-Bürger haben kaum Steuern bezahlt und auf Pensionsansprüche werden sowieso Steuer fällig.

Wenn man schon beim Schützenverein ist, dann kann man auch mal schießen. Bei den Frauen erzielte Hannelore Funk das bessere Ergebnis vor Sigrid Boxberger. Bei den Männern gewann Peter Fickel vor Bernd Roth und Hans Jürgen Trautvetter. Für das leibliche Wohl war gesorgt und so verlebten alle Teilnehmer einen angenehmen Nachmittag.

Noch ein Blick voraus: Der Seniorenvorstand möchte gern am 9. Dezember 2021 wie geplant die Weihnachtsfeier durchführen. Ob das klappt, dass hängt in erster Linie von der Corona-Situation ab. ■



Edgar Große erklärt die Rentenbesteuerung.



## SENIORENJOURNAL

# Wahl in Müllershausen

In der Waldgaststätte Müllershausen hat die Seniorengruppe der GdP Jena am 15. September 2021 ihren neuen Vorstand gewählt. Coronabedingt musste in diesem Jahr eine Gaststätte gewählt werden, in der auch genug Platz für die 18 Teilnehmer war.

Der Vorsitzende der Seniorengruppe, Edgar Große, gab zunächst einen Überblick über die Arbeit der Seniorengruppe in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren. Eigentlich wäre bereits im Februar 2021 neu zu wählen gewesen, aufgrund der Corona-Beschränkungen konnte jedoch zu diesem Zeitpunkt keine Wahl stattfinden. Corona hatte auch verhindert, dass der Arbeitsplan umgesetzt werden konnte. So fiel zum Beispiel im Dezember 2020 die bei den Senioren sehr beliebte Weihnachtsfeier aus. Stattdessen wurde den Seniorinnen und Senioren ein kleines Präsent und die Weihnachtsgrüße per Post zugesandt. Bei mehr als 60 Senioren bedeutet aber auch das schon einen nicht unerheblichen Aufwand. Große dankte deshalb besonders den Vorstandsmitgliedern, ohne deren Mitwirkung keine Veranstaltung möglich wäre und die Mitglieder auch keine Informationen bekämen.

Nach der Entlastung des alten Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder in ihren Funktionen bestätigt. Lediglich Petra Oschatz hatte aus gesundheitlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichten müssen. Dies bedauern der Vorstand und die Mitglieder sehr, hat Petra doch immer



Wilfried Glowig, Edgar Große, Sigrid Große, Bernd Eichhorn, Burkhard Gieske (v. l. n. r.)

mit großem Engagement ihre Gewerkschaftsarbeit erledigt. Sie hat zum Beispiel dafür gesorgt, dass in den letzten Jahren jeder pünktlich seine Geburtstagskarte erhalten hat. Wir akzeptieren aber, dass die Gesundheit vorgeht und Petra bleibt der GdP ja erhalten, wenn sie auch keine Funktion mehr im Vorstand hat.

Edgar Große arbeitet weiterhin als Vorsitzender der Seniorengruppe. Bernd Eichhorn und Burkhard Gieske sind seine Stellvertreter. Heinz Folgmann, Wilfried Glowig und Sigrid Große fungieren weiterhin als Beisitzer.

Im zweiten Teil der Veranstaltung gab es Informationen über aktuelle Rechtsänderungen und zum Teil auch intensive Diskussionen zu den einzelnen Themen. Ein Beispiel dafür ist die elektronische Patientenakte. Positiv daran ist, dass die Informationen zur eigenen Gesundheit zum ersten Mal an einer Stelle

werden und dem Patienten ständig zur Verfügung stehen. Bei Überweisungen zum Facharzt stehen die Informationen, die der Hausarzt bereits gesammelt hat, sofort auch dem Facharzt zur Verfügung. Verschiedene Ärzte können besser darauf Einfluss nehmen, welche Medikamente verordnet werden, um Wechselwirkungen zu vermeiden. Apotheker können ebenfalls auf solche Wechselwirkungen achten. Der Vorteil der elektronischen Patientenakte ist zugleich auch ihr Nachteil. Mit allen gespeicherten Informationen ist der Patient dann ein gläserner Patient. Entscheidend ist also die Datensicherheit und die hat nicht nur der Patient in der Hand. Das System muss seine Sicherheit wohl erst noch beweisen.

Weitere Themen waren der laufende Führerscheinumtausch, Maßnahmen zur Verbesserung des Klimas (Verbot von Plastik und Einwegverpackungen, CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Kraftfahrzeugen, Besteuerung von Kraftfahrzeugen) und die Rentenbesteuerung. Das juristische Verfahren zur möglichen Doppelbesteuerung der Renten ist noch nicht abgeschlossen, da der Kläger gegen ein Urteil des Bundesfinanzhofes Verfassungsbeschwerde eingelegt hat.

Die Teilnehmer sprachen sich dafür aus, wieder eine Weihnachtsfeier durchzuführen. ■

## Rechtsänderungen 2021

- Seit 1.7.2021 dürfen Krankenkassen die **elektronischen Patientenakten (EPA)** nutzen, in denen ärztliche Befunde, Arztberichte und Röntgenbilder gespeichert werden.
- Zugriff erfolgt über eine App auf dem Smartphone oder Tablet.
- Hierdurch sollen unnötige Doppeluntersuchungen vermieden werden.
- Die Patienten dürfen selbst entscheiden, welche Informationen gespeichert werden und wer darauf zugreifen darf.
- Krankenkassen haben keinen Zugriff auf die Daten.
- Ärzte brauchen die Zustimmung des Patienten.
- Ab 2022 sollen auch einzelne Dokumente Berechtigungen erhalten.

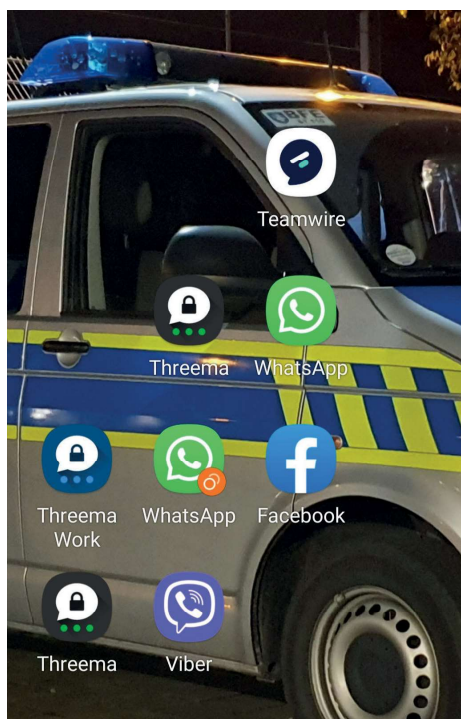
Erarbeitet: L. Große Stand: September 2021



INFO-DREI

## Messenger in der Landespolizei Sachsen-Anhalt

Jeder kennt sie, die überwiegende Mehrheit nutzt sie und viele wüssten gar nicht mehr, was sie mit ihrer Freizeit machen sollen, wenn es sie nicht gäbe ... die Messenger.



WhatsApp, Threema, Signal, Facebook Messenger und viele andere buhlen um die Gunst der Nutzer. Aber wie sicher sind diese? Sind sie auch geeignet für die Landespolizei? Diese Frage steht permanent im Raum, wenn es darum geht, Kolleginnen und Kollegen für dringende Einsätze zu gewinnen, Informationen schnell und effektiv auszutauschen ... also quasi als Einsatzunterstützung zu nutzen. **Eins ist klar und deutlich: Wir brauchen endlich die Einführung eines Messengerdienstes als Teil der modernen, mobilen Polizeiarbeit!**

Aber genau da liegt das Problem. Sind die Messenger auch wirklich sicher und für diese Fälle auch nutzbar? Gibt es datenschutzrechtliche Probleme?

Ganz klar: Sensible Daten, und dazu gehören dienstliche Informationen wie zum

Beispiel Einsatzorte, Einsatzstärken und Lagedarstellungen, sollten eben nicht auf Plattformen verteilt werden, die nicht gesichert und polizeiintern sind, also auf privaten Handys. Da stellt sich schon von vornherein die Frage: Wie sicher ist denn mein eigenes Handy? Welches Schutzprogramm habe ich aufgespielt?

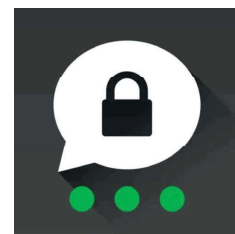
Einige Bundesländer sind den Schritt gegangen, haben polizeiinterne Messenger entwickelt. Datenschützer begrüßen dies. Die hessische Polizei nutzt den Messenger „HePolChat“, die niedersächsische Polizei „NIMes“, Rheinland-Pfalz nutzt „poMMes“, die Bundespolizei wiederum „MOKA“, andere wiederum setzen auf „Matrix“. Unser Nachbarland Thüringen pilotiert derzeit „Teamwire“.

Aber warum finden die angebotenen polizeiinternen Messenger keinen wirklichen Anklang? Es liegt häufig schlicht und ergreifend an der fehlenden Hardware, das Diensthandy. Diese Kosten sind für die Haushalte der Bundesländer offensichtlich nicht zu stemmen. Gibt es Alternativen? Grundsätzlich gäbe es die Möglichkeit des Mobile-Device-Managements, also einer geschützten Software auf dem privaten Handy. Aber diese verbietet sich fast von allein, denn wie schnell werden Chatverläufe auch mal gern kontrolliert. Aber Datenschutz gilt nun mal in beiden Richtungen. Deshalb unsere klare Forderung: personenbezogene Ausstattung mit einem Diensthandy!

Stellt sich die Frage, wie weit ist Sachsen-Anhalt in dieser Sache? Vorweg: Es gibt noch keinen Messenger. Aber eine Lösung könnte durchaus in Sicht sein. Die Planungen für einen Messenger gibt es schon seit Jahren. Immer wieder durchbrochen von anderen Planungsvorhaben, wie beispielsweise dem nunmehr gut funktionierenden E-Revier und der Frage nach dem geeigneten Betriebssystem, ist der Messenger bislang buchstäblich auf der Strecke geblieben. Auch wenn noch kein Name gefunden ist, so ist zumindest ein Zeitplan angesetzt: ... eine Implementierung noch in 2023 und auf iOS-Basis. Haushaltsmittel wurden vorgeplant, eine

personenbezogene Ausstattung mit einem Aktivgerät ist vorgesehen.

Jetzt gilt es aber von vornherein, die Anwender mit ins Boot zu holen, geht es doch um wichtige Parameter und Anwenderfreundlichkeit, heißt vor allem intuitive Bedienung. Da spielen zahlreiche Fragen eine Rolle: Wie groß sollte das Mobilgerät sein? Wie groß muss entsprechend das Display sein? Welche Maßnahmen spielen in der täglichen Einsatzbewältigung eine wichtige Rolle und müssen über den Messenger übertragen werden? Viele technische Parameter müssen bedacht werden, allen voran die Schnittstellenproblematik und Übertragungsmodalitäten. Es muss eine Möglichkeit geben, neben Text- und Audiodateien auch größere Datenmengen (Bilder und Videos) übertragen zu können. Mögliche Rechte und Rollenverteilungen müssen klar definiert werden.



Letztlich muss ein System mit einem Messenger geschaffen werden, das mit einer klaren Anwenderfreundlichkeit den täglichen Einsatz- und Streifendienst, aber auch in besonderen Lagen für alle Einsatzkräfte nutzbar ist, diese unterstützt und alle wichtigen und relevanten Informationen auch in Echtzeit übertragen kann.

Nun kann es losgehen, denn wie ist es in unserer Landeskampagne zu lesen:

**„Mission Statement #moderndenken**

Modernes Denken ist ein besonderes Markenzeichen Sachsens-Anhalts! In dieser Region haben über Jahrhunderte hinweg kluge Köpfe weltverändernde Ideen entwickelt, die ihrer Zeit voraus waren.“ (Quelle: #moderndenken: Die Kampagne [sachsen-anhalt.de])

Wir sollten hier aber nicht verharren, eine **Beihilfe-App** und andere Innovationen lassen auch noch auf sich warten.

**Uwe Bachmann**